

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. j. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 75

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 27,—
monatlich Mk. 9,—

Halver

Mittwoch, den 29. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Brei:
40 Bz., auswärts 50 Bz., im Reklamezeit 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 Mk.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach Pariser Meldungen will Lloyd George in Genoa einen überraschenden Schlag führen und neue Formen zum Wiederaufbau und zur Währungsveränderung.

* Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Montag in Berlin Besprechungen mit den Parteiführern und mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Reparationsnote ab.

* In der Unabhängigen Sozialdemokratie ist eine Krise zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei ausgebrochen, die zum Austritt der Freiheitsredakteure führte.

* Die Völkerverständigungskonferenz hat beschlossen, in der Angelegenheit der Postreue der fünf deutschen Reichsbanknoten einen Aufschub eintreten zu lassen.

* Die Pariser Orientkonferenz hat beschlossen, die Türkei unter solchen Bedingungen wiederherzustellen, daß die Türkei unter Beibehaltung der Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Dasein führen können.

* In Cannes wurde eine internationale Konferenz eröffnet, an der die meisten Gesellschaften für Funktelegraphie der Welt, darunter auch deutsche Gesellschaften, teilnahmen.

20 = 1200.

Man möchte seinen Augen nicht trauen, wenn man das liest, aber es ist so: Für ein deutsches Zwanzigmarkstück, wie wir es nun seit vielen Jahren schon nicht mehr vor Augen gesehen haben, zahlt die Reichsbank seit dem Beginn dieser Woche sage und schreibe 1200 Papiermark. Das sind gegen die Woche zuvor 250 Mark mehr, denn bis dahin hatte es für eine Goldkrone „nur“ 950 deutsche Reichsmark der Gegenwart gegeben — wenigstens auf dem Papier. In Wirklichkeit erfährt man ja nichts darüber, ob diese regelmäßige Festsetzung einer Einlösungsquote für das immer kostbarer werdende Gold durch die Reichsbank praktisch irgend etwas zu bedeuten hat, ob auf diesem Wege überhaupt eine nennenswerte Zahl von verborgen gehaltenen Goldstücken aus ihren Verstecken herausgelockt und dem notleidenden Metallmarkt der Reichsbank zugeführt wird. Die Reichsbank selber beharrt in dieser Hinsicht ein distinktes Schweigen, und Vermutungen, die man trotzdem wagen möchte, müßten sich ganz und gar in luftleerem Raum bewegen. Falsch wäre es jedenfalls, aus der Tatsache, daß die Reichsbank mit der Bekanntgabe von Einlösungsquoten immer noch fortfährt, bestimmte Schlüsse zu ziehen; sie muß, nachdem einmal damit begonnen wurde, die öffentliche Wertbemessung der Goldmark nach dem Stande der jeweiligen Valutaverhältnisse fortsetzen, ob es ihr gefällt oder nicht, ob es Zweck hat oder nicht. Es geschieht ja auch sonst mancherlei heutzutage, was seinen Zweck hat; nur weil man glaubt, daß es geschehen muß.

Aber schon um deswillen ist es gut, daß die Reichsbank an ihrer Praxis festhält, weil es kaum ein sinnfälligeres Zeichen unseres ganzen Elends gibt als diese Verhältniszahl. Als die eine Tatsache, daß das Reich heute schon das Schicksal derer aufwenden muß, was es früher bereitstellen mußte, um seinen Tagesbedarf zu decken. Wir wollen nur ein ganz klein wenig zurückdenken, an die Erörterungen, die geführt wurden, als der Kampf um das Steuerkompromiß die Gemüter in- und außerhalb des Reichstages bewegte. Damals wurde die eine Goldmarkille, die man im Wege der Zwangsanleihe auf die deutsche Bevölkerung umzulegen gedachte, ganz allgemein mit vierzig Papiermarken gleichgesetzt, und niemand hatte den Mut, unserer Volkswirtschaft einen noch stärkeren Anstoß als diesen zuzumuten. Heute sind wir, nach dem Wertmesser der Reichsbank, schon auf sechzig Milliarden angekommen, und ehe es soweit kommt, daß die Zwangsanleihe beigegeben wird, können es schon sechzig oder gar achtzig Milliarden geworden sein. Wenn auch das noch ausreicht. Die Entente freilich stellt sich so, als brauchten sie diese Zahlen nicht zu scheitern. Soweit ihre verantwortlichen Staatsmänner ein schlechtes Gewissen gegenüber Deutschland haben, hüllen sie sich in verlegenes Schweigen und lassen denjenigen Leuten den Vorzug, die zu allen ihren Rechtsbrüchen und Vergeßlichkeiten noch die Lüge hinzufügen, daß die deutsche Regierung absichtlich den Wert der Reichsmark herunterdrücke, um sich so auf sozusagen billige Weise ihren Zahlungsverpflichtungen an die Sieger nach Möglichkeit zu entziehen. Für jeden, der sehen und hören kann, eine geradezu groteske Schamlosigkeit, eine Verhöhnung des Besiegten, wie sie eigentlich nur in romanischen Gehirnen emporenwachsen kann. In England, in Amerika freilich machen solche Verzerrungen der tatsächlichen Wirklichkeit kaum noch Eindruck. Aber in Frankreich wird ihnen immer noch Glauben geschenkt, da das Volk dort nun einmal dazu erzogen ist, den Deutschen jede Niedertracht zuzutrauen. Und da nun einmal die Franzosen davon überzeugt sind, daß sie nur an Deutschlands Zahlungen wieder gesunden können, so haben sie allerdings ein sehr dringendes Interesse an einem möglichst guten Stand der deutschen Mark. Ihrerseits aber dazu beizutragen, daß der Entwertungsprozeß unseres Geldes nicht in dem bisherigen Tempo weiter fortschreitet, das lehnen sie heute noch mit einer Entschiedenheit ab, die wahrlich einer besseren Sache würdig wäre. Sie wollen nichts davon wissen, daß zwischen ihnen und uns eine irgendwie geartete finanzwirtschaftliche Solidarität bestehen könnte, und helfen sich, um alle Beweise für diese nicht aus der Welt zu schaffen. Tatsache mit Argumentationen herum wie der, daß Deutschland sich lieber selber mit sechzig Augen ruinieren, als daß es die Franzosen zu ihrem Gelde kommen lasse. Was ist da zu machen?

Wenn es so wäre, wie die Franzosen behaupten, würde das deutsche Volk der wachsenden Papierflut im Lande schließlich mit einem heiteren, einem nassen Auge zusehen können. In Wirklichkeit sinkt bei uns nicht nur der Wert, sondern auch die Wertschätzung des Geldes, je höher die Papiergeldscheine sich türmen, die die Notenpresse des Reiches Tag für Tag ausstößt. Der unheimliche Wert-

lauf zwischen Einnahmen und Ausgaben macht das Volk müde und läßt auch den Kurzwert unserer geistigen Bestreben immer tiefer sinken. Wenn es so weiter geht, wird bald völlige Gleichgültigkeit gegenüber unserem Schicksal die Signatur des Tages sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Portoerhöhung zum 1. Juli?

Gegenüber einer Berliner Blättermeldung, daß mit einer Erhöhung des Posttarifes zum 1. Mai zu rechnen sei, wird amtlich festgestellt, daß das unzutreffend ist. Die Verhandlungen über die Höhe einzelner Tarife seien keineswegs abgeschlossen. Vor dem 1. Juli werde voraussichtlich eine Erhöhung der Tarife nicht in Kraft treten. — Soll das bedeuten, daß zum 1. Juli das Porto wieder steigt?

Schiffer verläßt Genf.

Nachdem die polnische Delegation in Genf einen jähen Abbruch der Liquidationsverhandlungen in der Liquidationsfrage herbeigeführt hat, bleiben nur noch Beratungen über die Reduktion und Überlegung des Vertragsentwurfes übrig. Der deutsche Reichsbevollmächtigte, Reichsminister a. D. Schiffer, hat daher beschlossen, nur denjenigen Mitgliedern der Abordnung, die für diese Arbeiten erforderlich sind, in Genf zu belassen und sich mit den übrigen Mitarbeitern nach Deutschland zurückzugeben. Er wird erst nach Genf zurückkehren, wenn günstigere Voraussetzungen für neue Verhandlungen über die Liquidationsfrage gegeben sind, oder der Schiedsspruch des Präsidenten Calonder zu erwarten ist.

Nachspiel zum Petersdorfer Zwischenfall.

In Berlin ist eine Note der Interalliierten Kommission in Opatowitz eingegangen, in der die Justizbehörden, die mit der Untersuchung des Falles von Petersdorf beauftragt wurden, die Verhaftung von 12 Personen, die nach Deutschland geschickt seien, fordern. Die Kommission verlangt daher von der deutschen Regierung alle Maßnahmen zur Verhaftung dieser Personen und ihrer Auslieferung an die interalliierten Behörden zu treffen. In Berlin wird diese Angelegenheit weniger als eine politische, sondern mehr als eine juristische Frage angesehen, und die deutsche Regierung hat daher erst die nötigen Unterlagen zur Prüfung dieses Falles von der Interalliierten Kommission erbeten.

Ausdehnung der Vororttarife.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung schleunigst in die Prüfung der Frage eintreten soll, inwieweit der Vorortverkehrstarif auszu dehnen ist, insbesondere auf Orte, in denen durch die hohen Kosten der Verkehrr mit dem Zentralort erschwert ist, eine Entwertung des Haus- und Grundbesitzes, eine Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten und eine Erschwerung der Siedelung stattfinden. Auch in den Industriegebieten sollen möglichst für den Arbeiterverkehr Vorortzüge zu Vororttarifen eingelegt werden.

Nordamerika.

Man will Ruhe haben! Wie nervös die Amerikaner werden, wenn sie irgendwo die Gefahr wittern, daß sie durch irgendwelche Verträge und Abkommen in europäische Streitigkeiten verwickelt werden könnten, zeigte sich, als der Senat den Vertrag der vier Mächte über den Stillen Ozean mit 67 gegen 27 Stimmen ratifizierte. Das geschah nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt: „Die Vereinigten Staaten nehmen an, daß in diesem Vertrag keine Verpflichtung zum Einschreiten der bewaffneten Gewalt, kein Bündnis und keine Verpflichtung, sich an irgend welchen Verteidigungsmaßnahmen zu beteiligen, erblickt werden darf.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichstag hat in seiner Freitagssitzung am Abend die gesamten noch ausstehenden Steuerentwürfe in zweiter Lesung angenommen und sich dann auf Dienstag vertagt.

Berlin. Der Reichskanzler hat auf zwei Briefe der Unabhängigen, in denen wegen der Anschuldigungen gegen Minister Hermes angefragt wurde, geantwortet, daß es die Reichsregierung für angezeigt hält, den Spruch des Reichsgerichts und das Ergebnis der Untersuchung durch den Reichsausschuß abzuwarten.

Berlin. Nach Blättermeldungen verhält sich der obdurgische Ministerpräsident Langer gegenüber dem Anerbieten, das Reichsernährungsministerium zu übernehmen, entschieden ablehnend.

Paris. Der französische Akademiker und Staatsmann Denys Cochin, der 1915 als Vertreter der Rechten in das „Große Ministerium“ Briands eintrat und als Vizepräsident bis 1917 die Beziehungen Frankreichs zu den Neutralen überwachte, ist in Paris im Alter von 72 Jahren gestorben.

Preussischer Landtag.

(120. Sitzung.)

14. Berlin, 27. März.

Nach der zehntägigen Pause nahm heute der Landtag seine Arbeiten wieder auf. Zuerst wurde eine Berliner Aufwandsentschädigung erledigt und dann verließ Vizepräsident Dr. Borck eine große Anfrage der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei wegen der Zuteilung der fünf Reichsbanknoten an Polen. Der Vizepräsident teilte dazu mit, die Regierung wolle die Interpellation übermorgen beantworten, darum erübrigte sich jetzt ein Eingehen auf den Gesamtwort der Interalliierten Grenzkommission.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) erhebt Einspruch dagegen, daß in diesem Falle die eingegangene Interpellation vorzeitig verlassen worden sei. Vizepräsident Dr. Borck rechtfertigt unter dem Beifall der Mehrheit diese Abweichung von den sonstigen Gepflogenheiten mit der Besonderheit des Falles.

Die Beratung des Forstgesetzes.

wird nun in zweiter Lesung fortgesetzt.

Abg. Stellerup (Komm.): Bei dem gegenwärtigen hohen Dollarkurs besteht doppelte Gefahr, daß die Forstbesitzer rücksichtslos den Waldbestand abholzen und damit das Nationalvermögen vernichten. Alle Privatwaldungen müssen deshalb in Gemeinbesitz übergeführt werden. Abg. Klausner (U.-Soz.) verlangt gleichfalls die baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, der den gesamten Forstbesitz in Staatsbesitz überführt und auch für die Einrichtung von Staatsbetrieben zur Weiterverarbeitung des in den Staatsforsten geschlagenen Holzes sorgt. Abg. Graf v. Stolberg-Bernigerode (Deutschnat.) verlangt im neuen Forstgesetz Wege zur Überwindung der jetzigen finanziellen Schwierigkeiten. Die Forstverwaltung sei an den Verhandlungen über eine Verbilligung der Holzlieferungen für die Druckpapierfabrikation lebhaft interessiert. Der Redner verlangt Maßnahmen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Forstern und Oberforstern.

Die Grundlagen des Friedens im Osten.

Abschluß der Pariser Orientkonferenz.

Da in Kleinasien der Krieg kein Ende nehmen wollte, haben die Außenminister der Entente, die an einer Verhinderung des nahen Ostens stark interessiert sind, auf einer Zusammenkunft in Paris selbst die Grundlinien ausgearbeitet, auf denen der Friede im Osten beruhen soll. Die Pariser Orientkonferenz erwiderte mit der Aufstellung eines Schlußprogramms, in dem die sämtlichen Beschlüsse der drei Außenminister über die Änderungen des Vertrages von Sèvres zusammengefaßt sind, die den Regierungen von Konstantinopel, Athen und Angora unterbreitet werden sollen. Als Frist für die Annahme des Waffenstillstandesangebots sind drei Wochen festgesetzt. Nach französischen Mitteilungen würde die Türkei durch dieses Angebot schätzenswerte Vorteile erlangen. Ohne Schwereit und ohne Schäden nehme sie ganz Kleinasien in Besitz, das die griechischen Streitkräfte verwüsten könnten, wenn sie mit Gewalt zur Räumung gezwungen würden. Die Türkei erhalte einen großen Teil Thrakiens, denn die neue Grenze gehe westlich von Rodosto aus und von da bis Kirkkisch und ende in Midia. Griechenland behalte allerdings Gallipoli, aber es besitze dort eine Mehrheit in der Bevölkerung, und die Alliierten hätten auf diesem Boden zu viele von ihren Soldaten verloren, um dasselbe blutige Risiko künftig wieder eingehen zu lassen. Im übrigen würden die alliierten Streitkräfte auf der Halbinsel untergebracht werden und ihre Entmilitarisierung zu überwachen haben, eine Maßnahme, die sich sowohl auf das europäische wie auch auf das asiatische Ufer der Meerengen erstrecken werde.

Der Kampf um die Weichsel.

Ein Aufschub in Paris beschlossen.

Der Sturm der Entrüstung, der sich in Deutschland beim Bekanntwerden des Beschlusses über die Auslieferung fünf deutscher Weichseldörfer an Polen erhob, hat zunächst zur Folge gehabt, daß man sich in Paris die Sache doch noch einmal überlegen will. Die Völkerverständigungskonferenz hat beschlossen, die Ausführung des Beschlusses der Grenzkommission der Weichselfrage vorläufig auszu sehen und zunächst die Grenzkommission um Mitteilung der Gründe zu ersuchen, die zu ihrem Beschluß geführt haben. Ab dann wird sie prüfen, ob die deutsche Deputation angehört werden soll. Man wird jedoch gut tun, an diese neue Wendung noch keine allzu großen Hoffnungen zu knüpfen. Dieser Zweifel kam auch auf der

großen Protestkundgebung in Berlin

zum Ausdruck, wo am Sonntag Tausende von Teilnehmern in einer Versammlung im Lustgarten gegen den Raub der fünf Dörfer Einspruch erhoben. Mehrere Reichstagsabgeordnete hielten dabei Ansprachen, so der Deutschnationaler Schulz-Bromberg, der den Beschluß der „Grenzschlichtungskommission“ energisch zurückwies und zu einer moralischen Gegenoffensive aller Parteien aufforderte. Ferner sprach der Demokrat Dr. Heile, der davor warnte, die Nachprüfung der Entscheidung der Grenzschlichtungskommission durch den Völkerrat mit vorzeitigem Optimismus zu begrüßen. Nur zu oft habe das deutsche Volk zu seinem Schaden erfahren müssen, was bei solchen Nachprüfungen herauskommt. In einer Entschiedenheit wurde protestiert gegen diesen neuen Bruch des Friedensvertrages, gegen die Wegnahme des zugesicherten Zugangs zur Weichsel, gegen die Gefährdung von Mensch und Boden in der Marienwerder Niederung durch Zerschneidung der Einheitslichkeit der Deichverwaltung und der Deichverbände und gegen die Abtreibung deutschen Bodens gegen den Willen der Bevölkerung, welche sich in der Abstimmung am 11. Juli 1920 für Deutschland entschieden hat. Demgegenüber wurde der freie Zugang zur Weichsel, die Sicherheit und Einheitslichkeit der Deichverwaltung auf dem deutschen Weichselufer, das Verbleiben der Dörfer bei Deutschland und die Beilegung dieses polnischen Bräutertopfes gefordert.

Gegen Getreide- und Kartoffelerfassung.

Energischer Widerstand der Landwirte.

Der Reichslandbund hat an die zuständigen Regierungen ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Obgleich der Landwirtschaft für das kommende Erntefahr die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellt war, haben sich in der letzten Ernährungskonferenz die Vertreter der Länder für Getreide- und Kartoffelzwangswirtschaft ausgesprochen. Die Landwirtschaft fühlt sich hierdurch aufs schwerste getäuscht und ist aufs höchste erregt. Sie ist einmütig willens, sich der erneuten Einführung der Zwangswirtschaft geschlossen und mit allen Mitteln entgegenzustellen.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gerichtet, in dem zur Durchführung des vielbesprochenen Hilfswerks der Landwirtschaft eine Anzahl Grundlagen der Unterstützung durch die Regierung empfohlen werden. Es sollen durch die Länder Kulturmäßigkeiten ermöglicht, Kreditorganisationen geschaffen, die Zwangswirtschaft beseitigt, die Steuerbelastung vermindert werden. Vespargungen der Regierung mit den Vertretern der Landwirtschaft sollen im April beginnen.

Der Plan für die Arbeitsgerichte.

Wichtige Punkte des Gesetzesentwurfes.

Für Rechtsstreitigkeiten aus dem gewerblichen und kaufmännischen Arbeitsverhältnis bestehen seit langem die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die schneller und billiger arbeiten als die ordentlichen Gerichte. Der neue Entwurf eines Arbeitsgerichts-gesetzes will diese Vorteile für sämtliche Arbeitgeber nutzbar machen, um einen durchgreifenden Rechtschutz für beide Teile zu schaffen.

Zusammensetzung und Wirkungskreis.

Nach dem Entwurf dieses Gesetzes sollen keine neuen umfangreichen Behörden geschaffen werden, sondern allein an Stelle der nur für einen beschränkten Kreis zuständigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte allgemeine und verbesserte Arbeitsgerichte gesetzt werden. Ebenso wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sind die einzelnen Kammern der Arbeitsgerichte aus einem Richter und zwei Beisitzern zusammengesetzt. Von den Beisitzern ist je einer Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nämlich aus dem Berufe, aus welchem ein Streitfall zur Verhandlung steht. Sie werden getrennt von den einzelnen Berufsgruppen in geheimer (Verhältnis-) Wahl von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Bezirks gewählt. Für besondere Berufsgruppen, Arbeiter, Angestellte, Landwirtschaft, Handel und einzelne Gewerbe sind nach Bedarf einzelne Kammern zu bilden.

Die Arbeitsgerichte sind eine Ergänzung der Schlichtungsstellen; verschiedene der in den einzelnen Gesetzen übertragene Aufgaben (Streitigkeiten aus dem Betriebsstrafgesetz, Befreiung von Bußen auf Grund des Betriebsstrafgesetzes, der Schlichtungsordnung u. a.) werden von den Arbeitsgerichten übernommen werden.

Gesamt- und Tarifstreitigkeiten.

Für Gesamtstreitigkeiten bleiben die Schlichtungsausschüsse zuständig, ebenso für alle Streitfälle, die sich auf die Vereinbarung von Lohnsätzen und Tarifverträgen beziehen. Im Gegensatz zu den bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten werden die Arbeitsgerichte den Amtsgerichten angegliedert werden, sich aber von den übrigen Kammern des Amtsgerichts durch größere Billigkeit und Schnelligkeit unterscheiden. Als Berufungs- bzw. Revisionsinstanz werden den Arbeitsgerichten Landesarbeitsgerichte bei den einzelnen Landesgerichten und ein Reichsarbeitsgericht als besonders zusammengefügter Zivilsenat des Reichsgerichts übergeordnet, wobei die Landesarbeitsgerichte aus gleichzeitig erste Instanz für Streitfälle sind, bei denen es sich um hohe Beträge handelt. Beisitzer bei den Landesarbeitsgerichten können nur solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden, welche mindestens drei Jahre Beisitzer eines Arbeitsgerichts gewesen sind; sie führen den Titel „Arbeitsrichter“. Sie werden auf Grund von Vorschlägen der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihres Bezirks ernannt. Die ehrenamtlichen Beisitzer des Reichsarbeitsgerichts, Reichsarbeitsrichter, werden auf Grund von Vorschlägen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmergruppe des Reichswirtschaftsrates ernannt.

In einzelnen wird noch die Bildung von Fachkammern zum Schlichte- und Vergleichsverfahren vorgeschlagen, ferner werden Richtlinien für Berufung und Revision aufgeführt.

Locales und Provinzielles.

Halle, den 29. März 1922

Über die Zahlung der gefälligen Miete läßt sich das Reichsarbeitsministerium in folgender Weise aus: „Das Reichsmietengesetz tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Eine Verweisung auf die gefällige Miete kann daher auch frühestens am 1. Juli erfolgen. Wird die Miete nach Vierteljahre oder längeren Zeiträumen bemessen, so ist die Erklärung bis zum dritten Werktage des Vierteljahres, das heißt, da der 2. Juli ein Sonntag ist, bis zum 4. Juli abzugeben. Die gefällige Miete ist sodann vom 1. Oktober d. J. ab zu zahlen. Ist die Miete nach Monaten bemessen, so muß die Erklärung bis zum 15. Juli abgegeben sein. Vom 1. August ab gilt dann die gefällige Miete. Für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober bzw. bis 1. August ist noch die vereinbarte oder vom Mietvertragsantrag auf Grund der früheren Vorschriften festgesetzte Miete zu zahlen.“

Die Siegerin.

42) Roman von Hans Schulze-Sorau.

„Meiner Mutter hat ich die ärztliche Diagnose noch gar nicht zu gestehen gewagt. Sie ist selbst so schwach, daß ich sie jede, auch die geringste Aufregung fernhalten muß! Schon längst gehört sie in ein Sanatorium unter andere hygienische Verhältnisse! Wo soll ich denn aber das Geld hernehmen? Es fehlt ja bei uns am nötigsten! Was soll nur werden, was soll nur werden!“

„Aber Fräulein Lotte, Sie wissen doch, daß Sie über mich und mein kleines Vermögen zu jeder Stunde verfügen können!“

„Nein, Herr Hermann, das darf ich nicht annehmen!“ versetzte Lotte. „Sie haben selbst Frau und Kinder! Ich würde es mir nie verzeihen, wenn ich auch Sie noch mit in unser Unglück hineinziehen wollte!“

„Fräulein Lotte!“

„Gast heftig fiel ihr der Profurist ins Wort.“

„Diese Ablehnung ist für mich geradezu eine Kränkung! Glauben Sie, ich werde es ruhig mit ansehen, wie die Familie meines einstigen Chefs zu Grunde geht! Wo Ihnen vielleicht mit ein paar tausend Mark geholfen ist!“

„Bitte lassen Sie mich ausreden!“ fuhr er mit erhobener Stimme fort. „Die Krise, in der sich Ihr Pensionat momentan befindet, wird vorübergehen! Das sind Kinderkrankheiten, die keiner jungen Gründung erspart bleiben! Schon morgen werde ich ein Papier verkaufen und Ihnen zwanzigtausend Mark schicken! Ich denke, daß Ihnen das fürs erste genügen wird!“

„Herr Hermann!“

„Mit todblaßen Wangen stand Lotte vor dem ehrlich erregten Manne.“

„Wie soll ich Ihnen das Geld jemals zurückzahlen?“

„Das wird sich alles in der Zukunft finden, Fräulein Lotte! Sie sind jung und gesund! Ist denn diese Jugend nicht auch ein Wert, der belien werden kann wie jeder beliebige andere Geldwert? Rind, Rind, es war die höchste Zeit, daß hier bei Ihnen einmal ein verständiger Mann nach dem Rechten sah!“

Er räusperte sich umständlich, um die auch in ihm aufsteigende Mißgunst zu bemeistern, und richtete sich dann in seinem Stuhle höher empor.

Die Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern.

(Altena, Arnsberg, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Siegen) faßte in ihrer Sitzung am 20. ds. Mts. folgende Entschlüsse: 1. Stellungnahme zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes betr. die Industrie und Handelskammern: Die Handelskammern fordern, daß sie nicht paritätisch zusammengesetzt werden, sondern nach wie vor reine Arbeitgeberkollegien bleiben. Nur in dieser Zusammensetzung können sie als geeignete Wahlkörper für die Bezirkswirtschaftsräte angesehen werden. Die Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern fordert nach wie vor, daß eine Auflösung oder Verschmelzung bestehender Kammern nicht gegen deren Zustimmung erfolgen darf, zumal da in Gegenden, wie im südwestfälischen Bezirk, die bestehenden Handelskammern sowohl nach der geschäftlichen Tätigkeit, als auch nach ihrer geldlichen Verfassung hin sich durchaus bewährt haben. Grundtätig darf an der Selbstverwaltung der Handelskammern, die besonders in der Aufstellung der Satzungen und der Wahlordnung durch die Kammern selbst zum Ausdruck kommt, nicht gerüttelt werden. 2. Entschlüsse betr. die Aufhebung der Preistreiber-Verordnung: Der Einzelhandel sieht sich bei den immer weitersteigenden Preisen durch die noch in Kraft stehende Preistreiber-Verordnung und weiteren Bucherlasse in seiner Existenz um das ärgste bedroht. Soll er nicht gezwungen werden zur Selbsthilfe zu greifen und gegen die Gesetze zu verstoßen, so bedarf es der sofortigen Aufhebung obiger Erlasse und Verordnungen. — Dem Ausnahmerecht, wie es über den Einzelhandel verhängt ist, und das man keinem anderen Berufsstand zu bieten gewagt hat, kann und wird sich der Einzelhandel nicht länger mehr beugen. 3. Stellungnahme zu der geplanten Erhöhung der Eisenbahnfrachten: Erst mit Wirkung ab 1. Februar 1922 sind die Eisenbahnfrachten um 31 1/2 % erhöht worden; bereits jetzt bringen die Zeitungen wieder die Mitteilung von dem Plan der Eisenbahnverwaltung, ab 1. April ds. Js. die Frachten um weitere 40 % heraufzusetzen. Die Vereinigung der Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks muß dagegen die schwersten Bedenken geltend machen. Die Wettbewerbsverhältnisse der deutschen Industrie werden dadurch auf das Empfindlichste betroffen; besonders muß die Rheinland- und Westfalen-Industrie eine fortwährende Beschränkung ihres alt erworbenen Absatzgebietes im Süden und Osten Deutschlands und im Auslande befürchten. Ferner kommt die zerplitterte, in Südwestfalen vorherrschende, selbständige Fertigverarbeitung der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie gegenüber den in geschlossenen Betrieben durcharbeitenden Werken immer mehr ins Hintertreffen. Die Vereinigung der Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks kann auch in der fortgesetzten Steigerung der Frachten keine geeigneten Mittel zur Befundung des Eisenbahnwesens erblicken. Nur ein gründliches organisatorisches Eingreifen insbesondere im Sinne einer Einschränkung des Personals und der Erhöhung der Arbeitsleistungen kann Abhilfe bringen.

Die Handelskammer schreibt uns: **Bescheinigungen für die Zulassung zum An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln:** Das am 1. März in Kraft getretene Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln bestimmt, daß vom 1. März 1922 ab Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken abgeschlossen werden dürfen, denen nach dem Kapitalfluchtgesetz das Jagen. Depositionenannahmerecht zufließt. Alle handelsgerichtlich eingetragene Industrie- und Handelsbetriebe, die am Devisenverkehr beteiligt sind, müssen bei der Handelskammer bis längstens 15. April 1922 die Ausstellung einer Bescheinigung darüber beantragen, daß ihr Gewerbebetrieb Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel regelmäßig mit sich bringt, wenn sie bei jedesmaligen Devisengeschäftsabschlüssen von der unmittelbaren und zeitraubenden Ausstellung und Einreichung gewisser Belege entbunden werden wollen. Als Zahlungsmittel gelten dabei außer Geldsorten, Papiergeld, Banknoten und dergl. auch Aus-

zahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel. Wer nicht rechtzeitig vor dem 1. Mai eine derartige Bescheinigung sich verschafft, unterliegt den im Gesetz vorgesehenen erschwerten Nachweisverpflichtungen. Devisengeschäfte, die unter anderen Voraussetzungen abgeschlossen werden, sind nichtig, vorläufige Übertretungen der neuen Devisenverordnung strafbar. Der an die Handelskammer zu richtende Antrag ist kurz zu begründen. Für die Ausstellung der Bescheinigung erhebt die Handelskammer eine Gebühr von 15.— M.

Bodenerzeugnisse als Pachtzins. In Ostfriesland geht man allgemein dazu über, bei Verpachtungen und Erhöhungen der Mieten die Abgaben statt in Geldwerten in Naturalien festzulegen. Bei den letzten Verpachtungen der großen Domänen in Ostfriesland erfolgte die Ausbietung nach festen und veränderlichen Zinsen (Geld oder Roggen). Beispielsweise wurde für eine 100 Hektar große Domäne 70 000 M., Pacht oder 650 Zentner Roggen geboten und für eine 116 Hektar umfassende Domäne 140 000 M. oder 1400 Zentner Roggen. Im Kreise Weener werden für einen Morgen bis 6 Zentner Bohnen und Weizen verlangt. In Westfalen geht man ähnlich vor. Dort werden je Morgen die Notierungen der Kornbörsen am 1. Oktober zugrunde gelegt oder an Naturalien verlangt zwei Zentner Roggen. In Hannover ist vereinbart ein bis drei Zentner Roggen für den Morgen je nach Bodenbeschaffenheit. Diese Art der Verpachtung entspricht den heutigen Zeitverhältnissen und ist auf der Grundlage der Geldwerte der Vorkriegszeit aufgebaut.

Strafe für verbotenes Rauchen auf der Reichsbahn. Eine Strafe für verbotenes Rauchen führt die Reichsbahn am 1. April ein. In Nichtraucher- und Frauenabteilen darf selbst mit Zustimmung der Mitreisenden nicht geraucht, auch dürfen solche Abteile und die Seitengänge der Wagen, in denen das Rauchen untersagt ist, nicht mit brennenden Zigarren, Zigaretten oder Tabakspfeifen betreten werden. Wer dem zuwiderhandelt, hat dann 20 Mark zu entrichten. Dieselbe Strafe trifft auch Personen, die in Warteräumen rauchen, in denen es verboten ist.

Halle, 27. März. Am Sonntag, den 2. April findet die erste Kreisversammlung der Stenographen des Renne-Volme-Kreises für vereinfachte Stenographie Stolze-Schrey in Meinerzhagen im Lokale des Herrn Borlinghaus statt. Der Versammlung geht um 1 1/2 Uhr ein Wettstreiten (Schön und richtig) sowie ein Wettlesen voraus. Die Verhandlungen beginnen pünktlich 3 1/2 Uhr. Die Tagesordnung umfaßt: Verlesen der letzten Niederschrift, Bericht der Vereine, Beratung der Wanderpreisordnung, Wettleserordnung und Wettstreitordnung, Kassenbericht.

Halle, 28. März. Am Sonntag fand bei Geschw. Jasbender die jährliche Hauptversammlung der Kranken- und Sterbefälle statt und wurde von dem Direktor, Hauptlehrer a. D. Schulte, eröffnet. Dieser gedachte der im verfloßenen Jahre verstorbenen Mitglieder und Frauen von Mitgliedern, deren Zahl sich auf insgesamt 11 belief. In dem neuen Vereinsjahre sind 2 Mitglieder gestorben und während der Versammlung lief die Nachricht ein, daß das frühere langjährige Vorstandsmitglied Wilh. Drewe sen. zu Vollenbach, das stets sich warm um die Kasse bemüht habe, gestorben sei. Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Der Direktor schloß daran die dringende Bitte, sich an dem Beerdigungen doch recht zahlreich zu beteiligen. Aus dem alsdann von demselben erstatteten Jahres- und Kassenbericht heben wir hervor: Die Gesamt-Einnahmen des verfloßenen Jahres belaufen sich einschließlich des Kassenbestandes von 1794,50 Mark aus dem Vorjahre auf 12766,98 Mark, darunter 10 081 Mark Jahresbeiträge und 500 Mark Entnahme aus der Sparkasse. Die Gesamtausgaben betrugen 8558,72 Mark, darunter 1000 Mark Sterbegeld und 6716 Mark Krankenunterstützungen, die sich auf 76 Mitglieder mit 487 Unterstützungswochen verteilen. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1921 daher 4208,26 Mark, von denen indessen bis heute wegen der

„Ja, wir namlich noch nicht zu Ende, Fräulein Lotte! Vielmehr muß ich Ihnen noch eine weitere Mitteilung machen, die Ihrer ganzen Situation vielleicht schon in wenigen Monaten ein völlig verändertes Gesicht geben kann! Also hören Sie!“

„Kurz vor meiner Abreise aus Bernigerode habe ich im Hotel eine interessante, folgenreiche Bekanntschaft gemacht, nämlich die eines Herrn Schneider, Generaldirektor der Deutschen Abteilung des Nobeltruffs. Als sich nun im Laufe unseres Zusammenhins herausstellte, daß ich bis zum vorigen Jahre im Bankhaus Hausmann tätig gewesen sei, wandte sich das Gespräch natürlich sehr bald der Verner Katastrophe zu! Beiläufig wurde dabei auch die Preissteigerung des Salpeters erwähnt und ich erzählte meinerseits, welche große Hoffnungen wir in diesem Prozeß gerade auf die Preissteigerung setzten!“

„Soffnungen, die sich nach den letzten Erklärungen des Justizrats Leonhardt leider als absolut nichtig erweisen haben!“ warf Lotte mit einem resignierten Seufzer ein.

Der Profurist lächelte.

„Ich habe Herrn Justizrat Leonhardt wegen des Prozesses heute mittag bereits aufgesucht! Natürlich legte er auch mir sofort die völlig ablehnende Erklärung der gegnerischen Anwälte vor! Dies, wie ich gern zugebe, traurige Bild hat sich jedoch nach meinen Mitteilungen total verschoben, und Leonhardt ist jetzt mit mir der gleichen Ansicht, daß wir den Prozeß noch zu einem günstigen Ende führen werden!“

„Herr Hermann, sollte ich wirklich noch einmal auf ein Glück für uns hoffen dürfen?“

„Ich glaube es ganz zuverlässig, Fräulein Lotte! Sehen Sie, die Sache liegt folgendermaßen: Als Direktor Schneider die Bedingungen erfährt, unter denen seinerzeit die Abkässe mit den Salpeterfirmen erfolgt sind, erklärte er sich sofort bereit, in diese Kontrakte einzutreten. Das heißt, er will Ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen und eventuell ein entsprechendes Kapital bei der Deutschen Bank hinterlegen, damit Sie die betreffenden Firmen unter Berufung auf diese Sicherstellung zur restlosen Einhaltung der Lieferungsbedingungen auf gesetzlicher Basis zwingen können. Schneider kauft Ihnen dann seine Salpeter netto ab und zahlt Ihnen die Abstandssumme von zweihunderttausend Mark, um die wir augenblicklich prozessieren. Denn selbst, wenn diese Abstandssumme noch auf den Kaufpreis aufgeschlagen wird, erhält der Nobeltruff

von fraglichen Salpeterposten noch immer um etwa vierhunderttausend Mark billiger, als wenn er ihn zum gegenwärtigen Börsenpreis einkaufen müßte! Ich weiß nicht, ob ich mich mit der größten Klarheit ausgedrückt habe, Fräulein Lotte?“

„Aber gewiß, gewiß, Herr Hermann!“ stammelte das junge Mädchen verwirrt. „Ich habe Sie vollständig verstanden, aber ich kann an diese Wendung noch immer nicht glauben!“

„Wir müssen alles der Zukunft überlassen, liebes Kind! Ich weiß natürlich auch noch nicht, wie sich der ganze Prozeß nach dem Angebot der Nobelkompagnie weiterentwickeln wird! Vielleicht sind diese Salpeterfirmen unter dem Druck dieser Offerte nun gefügiger und eher zu Vergleichsverhandlungen geneigt! Überlassen Sie unsere geschäftlichen Angelegenheiten für's erste ganz mir! Sie können beruhigt sein, daß sie sich bei mir in den besten Händen befinden!“

„Doch jetzt muß ich um Urlaub bitten, Fräulein Lotte! Meine Frau erwartet mich im Zoologischen Garten! Ich schide Ihnen morgen durch den Kassenboten das Geld! Lassen Sie mir dann gleich eine Nachricht über das Befinden Fräulein Rätches zugehen, der ich recht, recht gute Besserung wünsche!“

Damit war er bereits zum Korridor hinaus, jede Dankesbezeugung Lottes ängstlich von sich abwehrend.

Sein Rückzug hatte sich mit einer solchen Schnelligkeit vollzogen, daß Lotte, die ihm bis ins Treppenhäus gefolgt war, kaum noch die Zeit fand, ihm ein paar herzliche Abschiedsworte nachzurufen.

Ganz betäubt von all dem Gehörten, kam sie wieder in das Speisezimmer zurück und traf hier die Krankenschwester, die sie auf Geheimrat Dorris Wunsch schon Tags zuvor für Rätches Pflege engagiert hatte.

„Wie steht es?“ fragte sie beifommen.

„Derzig Grad Fieber!“ war die Antwort.

„Die Kranke war den ganzen Nachmittag über stark benommen! Nach einem mehrstündigen Schlaf aber ist sie momentan etwas freier!“

Leisen Schrittes traten sie in das Krankenzimmer. Die Nachlampe legte ihr rotes Dämmerlicht über das kleine Gemach.

Draußen auf den Fensterrätchen tropfte eintönig der Regen.

Fortsetzung folgt.

herrschenden Grippe gegen 3300 Mark haben verausgabt werden müssen. Außer diesem Kassenbestande befaß die Kasse am Schluß des Jahres 5000 Mark Kriessanleihe und 692,45 Mark Spareinlage, was für den Schluß des Vereinsjahres ein Gesamtvermögen von 9900,71 Mark ergibt. Das Vermögen der Rastorfer'schen Stiftung betrug zur selben Zeit 1315,13 Mark. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des vorletzten Jahres 427, aus- geschieden sind in dem abgelaufenen Jahre 14, 8 durch Tod und 6 durch Verzug und freiwillig. Aufgenommen wurden 7 Mitglieder, so daß die Zahl der Mitglieder sich auf 420 am Schluß des Jahres 1921 belief. Namens des Prüfungsausschusses teilte Heintz Maser mit, daß dieser die Rechnung in allen Teilen stimmend befunden habe, weshalb er für die Kassiererin, den Ladenschreiber und den Gesamtvorstand Entlastung be- antragte, die erteilt wurde. Der folgende Punkt betraf Wahlen. Zunächst schied der Direktor, Hauptlehrer Schulte, aus. Derselbe hat sein Amt 30 Jahre lang verwaltet, weshalb er schon damals die Absicht kund- getan hatte, in diesem Jahre von seinem Posten zurück- zutreten. Er hat, das Amt auf jüngere Schultern zu- legen. Das Vorstandsmitglied, Gemeindevorsteher Fern- holz, richtete an den Direktor die dringende Bitte, das Amt noch 2 Jahre weiter zu führen, da dieses im Inter- esse der Kasse erforderlich sei. Der Schriftführer Wilh. Spiek schließt sich diesen Ausführungen an und dankt dem Direktor für die während der 30 Jahre geleistete Arbeit für die Kasse und die dadurch bewirkte Förderung derselben. Versammlung bestätigt diesen Dank durch Erheben von den Sitzen. Hauptlehrer Schulte gab schließlich den gemeinsamen Anstürmen nach und über- nahm noch einmal für zwei Jahre das ihm einmütig angebotene Amt als Direktor der Kasse. Die sonst aus- scheidenden Mitglieder des Vorstandes, Ladenschreiber Ewald Jung, Beisitzer Gemeindevorsteher Fernholz und Conrad Tffel, wurden durch Zuzug wiedergewählt. Für das verstorbene Vorstandsmitglied Carl Wippermann wurde für den Rest von dessen Amtsperiode Polizei- Oberwachmeister Pohlmann gewählt. Rechnungsprüfer, Krankenbesucher und Schiedsmänner wurden ebenfalls wiedergewählt. Für die Dedinghauser Bauerschaft wurde an Stelle des von dort verzogenen Georg Euler Rudolf Marx daselbst zum Krankenbesucher gewählt. Ueber den folgenden Punkt: „Kranken- und Sterbegeld- Beiträge“ entwickelte sich eine lebhafte Besprechung. Schließlich wurde beschlossen, den Jahresbeitrag auf 30 Mark für männliche und auf 25 Mark für weibliche Mitglieder festzusetzen, die Krankenunterstützung auf 30 Mark für männliche und 15 Mark für weibliche Mit- glieder pro Woche festzusetzen und zwar auf die Dauer von 20 Wochen in einem Jahre. Das Sterbegeld für männliche Mitglieder soll 200 Mark und für weibliche Mitglieder für die Frauen von Mitgliedern 125 Mark betragen. Diese Beschlüsse sollen mit dem 1. April ds. Js. in Kraft treten. Die Eintrittsgelder sollen in sei- teriger Höhe bestehen bleiben. Die Entschädigung des Ladenschreibers wurde von 200 Mark auf 500 Mark erhöht. Für das Abholen der Beiträge wurde ihm eine Gebühr von 3 Mark zugewilligt. Nachdem noch ver- schiedene Vereinsangelegenheiten besprochen waren, schloß der Direktor die Versammlung.

*) **Oberbrücke, 25. März.** Zu dem Eisenbahn- unfall in Oberbrücke wird von amtlicher Seite mit- geteilt: Das Rutschen der Steinschicht und das Nach- geben der Schwellen ist nicht die Ursache sondern die Folge der Entgleisung. Der Oberbau ist bekanntlich an der Entgleisungsstelle in gutem Zustande. Die eigent- liche Ursache der Entgleisung konnte noch nicht einwand- frei festgestellt werden. Nachdem infolge der Entgleisung die Räder der Lokomotive die Schienenbahn verlassen hatten, wurden durch die eigene Wucht und den Druck des schwerbeladenen nachfolgenden Güterzuges Schwellen und Bettung durch die Maschine selbst seitwärts ge- schoben, wodurch dann das Umfallen der Maschine er- folgte. Der leichtverlegte Lokomotiv- und Zugführer konnten mit nächster Fahrgelegenheit nach ihrer Heimat- station Dieringhausen zurückkehren. Ebenso sind die Verletzten des ins Lübenischer Krankenhaus ge- schafften Heizers leichter Art.

- **Oberbrücke, 28. März.** Bei der Firma C. H. Steinbach hierelbst können am heutigen Tage auf ein 25-jähriges Arbeitsjubiläum zurückblicken: Handlungs- gehülfe Herr Fritz Cramer, Lademeister Herr Wilhelm Piene. Den Jubilaren wurde seitens der Angestellten und Arbeiterschaft Geschenke überreicht.

*) **Brügg, 27. März.** An dem hiesigen Bahn- hofsgebäude werden 3. Zt. bauliche Veränderungen vor- genommen. Diejenigen, und das ist wohl die Mehrzahl der Passanten, die den Umbau mit der Schaffung von Wohnungen durch die Eisenbahnverwaltung begrüßen, geben sich einer Täuschung hin. Die großen Räume am Westflügel dienen den Eisenbahnern als Aufent- haltsräume. Gleichzeitig wird ein Sitzungszimmer für den Betriebsrat der Station geschaffen.

□ **Königsfeld, 23. März.** Am vergangenen Sonn- tag hielt auf Einladung der Jungdeutschen Ordens- bruderschaft Rönisch Herr Studienrat Lowien aus Barmen einen Vortrag über den inneren Wiederaufbau des Deutschen Volkes. Der Vortragende ging aus von der derzeitigen Geistesverwirrung, die sich in der allge- meinen Verstandeslosigkeit unserer Lage gegenüber äußert. Diese Verstandeslosigkeit führt zur Gleichgültig- keit und Teilnahmslosigkeit. Mit der Einführung der Demokratie aber ist jeder einzelne Deutsche König ge- worden und vor Gott mit der grausigen Verantwortung für das Schicksal seines Volkes belastet. Dieser Verantwortung kann nur Genüge getan werden durch das Opfer des Einzelnen für sein Volk. Sich opfern heißt, sein Leben hingeben für die Höherentwicklung des Volkes. Darum muß jeder in seiner Berufsarbeit sein Bestes leisten und sich dabei immer Rechenschaft ablegen was diese seine Berufsarbeit dem Volke nützt. Aber Berufsarbeit allein genügt nicht. Wir müssen darüber hinaus arbeiten im Zusammenschluß mit Gleichgesinnten mit dem Ziele, ein höheres sittliches Geistes im Volks- leben zu verwirklichen.

Meinerzhagen, 27. März. Der Amtstag des Katasteramtes Meinerzhagen ist von Montag auf Donnerstag jeder Woche verlegt. An diesen Tagen ist einer der Vorsteher des Katasteramtes zum persönlichen Verkehr mit dem Publikum in den Amtsräumen anwesend.

Dortmund, 27. März. In der heutigen Stadt- verordnetenversammlung wurde die Oberbürgermeisterwahl vor- genommen. Mit den 40 Stimmen der Deutschen Volks- partei, des Zentrums und der Deutschnationalen, die Fraktionszwang beibehalten hatten, wurde Oberbürger- meister Dr. Eichhoff auf die Dauer von 12 Jahren wiedergewählt. Reichs- und Staatskommissar Mehlich, der von den Mehrheitssozialisten aufgestellt war, erhielt 32 und Bürgermeister Dr. Fischer (Demokrat) 4 Stimmen 2 waren zerstreut.

Stadde, 25. März. Verbrüht. Der 8 1/2 Jahre alte Sohn einer in der Steinstraße wohnenden Familie zog einen auf dem Herd in der Küche stehenden Topf mit heißem Wasser an sich heran, dabei bekam der Junge das Ubergewicht, schlug kopfüber und der Inhalt des Topfes ergoß sich über ihn. Der Kleine erlitt schwere Brandwunden, denen er kurz darauf erlegen ist.

Postbezieher?

Erneuerung

des Abonnements beim zuständigen Postamt noch heute vornehmen!

Nah und Fern.

○ **Versteuertes Lotteriespiel.** Im Rahmen der Beratung des Staats der Lotterieverwaltung wurde im Hauptaus- schuß des Preussischen Landtages mitgeteilt, daß der Preis für die Lose der Massenlotterie von 400 auf 600 Mark er- höht wird. Die Nachfrage nach Losen übersteigt erheblich das Angebot und die Lotterieverwaltung rechnet mit einer weiteren Steigerung. Die Auktiolese werden beibehalten.

○ **Eine neue englische Zeitung in Berlin.** In Berlin erscheint jetzt eine neue Zeitung in englischer Sprache, der „Daily Herald“. In der Redaktion befinden sich mehrere amerikanische Journalisten. Die Zeitung will sich haupt- sächlich an die in Europa weilenden Amerikaner wenden. Der Preis beträgt fünf Mark für die Nummer.

○ **Das Deutsche Hygienemuseum in Dresden.** Der Stadtrat von Dresden beschloß, in Anbetracht der großen kulturellen Bedeutung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden den jährlichen Beitrag auf 200 000 Mark zu er- höhen unter der Bedingung, daß der sächsische Staat den seinen auf 300 000 Mark und das Reich den seinen auf 500 000 Mark erhöht. Ferner bewilligte die Stadt Dres- den zum Bau des Museums drei Millionen Mark unter der Bedingung, daß das Reich sechs Millionen und der Staat drei Millionen Mark bewilligen.

○ **Beim Wildern erschossen.** Im Reichensteiner Forst bei Schwerin a. d. Warthe wurde der Anführer einer Wilderer- bande, der Arbeiter Leo Dohdowicz aus Landsberg a. d. Warthe, von einem Berliner Kriminalwachmeister gestellt. Als der überraschte ein Gewehr anlegte, erhielt er einen Schuß in den Unterleib, durch den er getötet wurde. Den andern Wilddieben ist man auf der Spur.

○ **Verhängnisvoller Fesselballonaufstieg.** Aus Paris wird berichtet: Im Fluglager von Angers sollte ein Fessel- ballon aufgelassen werden, als das Tau riß. Drei Mann wurden an dem Tau hängend mit in die Höhe gerissen. Zwei von ihnen ließen schnell los; einer von ihnen wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf an den Folgen des Sturzes verstarb. Der dritte blieb ungefähr 100 Meter unter dem Ballon am Ende des Seiles hängen. Es ge- lang ihm, sich daran zu befestigen. Der Ballon befand sich ungefähr eine Stunde nach dem Aufstieg in 2000 Meter Höhe über Segré.

○ **Studenten als Vergleite.** Aus Osterfeld (Kreis Red- dinghausen) wird gemeldet: Vor kurzem sind auf den hiesi- gen Bechen 187 Studierende der Universitäten Heidelberg, Marburg, Göttingen, Münster und Köln eingetroffen, um im Bergbau zu arbeiten und auf diese Weise die Mittel zur Fortsetzung ihrer Studien zu verdienen.

○ **Zugsteuer auf Vornamen.** Der Gemeinderat von Freischa in Sachsen hat beschlossen, bei der Eintragung in das Ständeregister den dritten und jeden weiteren Vor- namen, der einem Kinde verliehen wird, zu besteuern, um auf diese Weise die Kosten des Standesamts zu decken.

○ **Auf einer Skitour verunglückt.** Der in Sportkreisen sehr bekannte Sohn des Großindustriellen Heinrich von Opel, Heinz von Opel, machte mit dem früheren österreichi- schen Hauptmann Sey eine Skitour auf den Großglockner und wird seitdem vermisst. Die beiden Skifahrer sind wahrscheinlich von einer Lawine verschüttet worden. Heinz von Opel, der in Freiburg i. B. studierte, hatte sich neben seinem Vater Fritz von Opel im Automobilport hervor- getan.

„Wenn die Sonne trauert.“

Zur Sonnenfinsternis am 28. März.

Wir modernen Menschen sehen in einer Sonnenfin- sternis eine ganz gewöhnliche Erscheinung, die nur des- halb eintritt, weil sich der Neumond genau auf die Ver- bindungslinie „Sonne-Erde“ stellt. In alten Zeiten war das anders. Als eines Tages in Babylon die Sterndeuter und Priester des Bel verkündeten, daß sich die Sonne, die höchste Gottheit und das alles Leben spendende Gestirn, zu einer bestimmten Stunde versinken werde, herrschte in der ganzen Stadt eine namenlose Aufregung. Man war der festen Überzeugung, daß der Gott zürne und durch seine Verschleierung seinen Unmut zu erkennen geben wolle. Man strömte in den Tempel, um die Gottheit durch Opfer und Gebet zu versöhnen. Die Stunde mit ihren Ängsten und Rufen ging vorüber, und alles war wieder beruhigt. Das Ansehen der Priester war gestiegen und die Bedeutung der Sternseheret als einer großen Wohltat für das Reich von neuem erwiesen.

Leider wissen wir nicht, in welcher Weise die Stern- kundigen Priester des Bel eine solche Versinkung des Tagesgestirns beobachtet und welchen Nutzen sie im Sinne der Wissenschaft jener Tage aus der Beobachtung gezogen haben. Sicher ist, daß die Chaldäer eine sehr gründliche Kenntnis der Gestirne am Himmel, ihrer Bewegung und auch der Verfinsterungen von Sonne und Mond besaßen.

mit dem Haupttempel des Bel zu Babylon soll ein Treppent- aus postierem Stahl gestanden haben; mit diesem Spiegel- fingen die Seher das Licht der Sterne auf, in ihm betrach- teten sie das Bild der Gestirne. Im übrigen kam es den Sternkundigen des Altertums hauptsächlich darauf an, aus den Stellungen der Gestirne am Firmament den Willen der Gottheit und die Bestimmungen des Schicksals für die Erde und die Menschen auf ihr herauszufinden.

Die moderne Forschung richtet, wenn die Sonne sich einmal verfinstert, ihr Augenmerk natürlich auf ganz an- deres, als es die Seher in den Tälern des Euphrat und Tigris zu tun gewohnt waren. Wenn die Sonne trauert, wachet der moderne Astronom auf die Erscheinungen in der Natur, vor allem aber auf jene, die sich am großen Ge- stirn des Tages selbst vollziehen. Bei einer totalen Son- nenfinsternis verfärbt sich der Himmel ganz bläulich und nimmt einen grünen Schimmer an. Ein leichter Wind weht über die Landschaft, und aus der Höhe herab huschen dunkle Schatten. Die Tiere, vor allem die Vögel, werden ängstlich, und die Blumen senken ihre Köpfe und fangen an zu schlafen, als sei die Sonne untergegangen. Selbst den Menschen beschleicht ein ganz leichtes Gefühl der Be- klemmung, wenn der letzte Sonnenstrahl verblichen ist. Vom Rande der völlig verdunkelten Sonne her schießen rosafarbige Flammenzungen empor und fallen wieder zur Sonne nieder. Es sind die Sonnenflammen oder Proto- berangen, die sich oft bis zu einer Höhe von 500 000 Kilo- metern über die Oberfläche des Tagesgestirns erheben können. Der Himmelsblauweiß, daß diese Flammen- zungen nichts anderes sind als Lössen aus glühendem Wasserstoff oder aus metallischen Dämpfen, die uns sagen, daß in dem gewaltigen Feuerfessel der Sonne alles kocht, dampft und brodelte. Außer diesen Flammenzungen sieht man noch einen silbernen Glorienschein die völlig abge- blendete Sonne umranden. Es ist die sogenannte „Co- rona“, die ganz seltsam geformt aussieht und deren Strah- len weit in den Raum hinaus reichen. Das alles tritt aber, wie gesagt, nur ein, wenn die Sonne sich vollständig verfinstert, was ja für die Sonnenfinsternis vom 28. März, die einzige Verfinsternis, die in diesem Jahre für uns sichtbar war, nicht zutrifft.

Die Lage der deutschen Seeschifffahrt.

Berlin, 27. März.

Auf dem neunten deutschen Seeschiff- fahrstag, der heute in Berlin begann, schilderte der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Stimmung die Lage der Seeschifffahrt. Es seien bisher 280 Schiffe mit 1,05 Millionen Tonnen Tragfähigkeit wiederhergestellt worden, im Bau befänden sich 230 Schiffe mit 1,25 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Die Entschädigung des Reiches hätte sich auf zwölf Milliarden Mark belaufen. Im Mai vorigen Jahres sei aber das Wiederaufbauprogramm auf 16 Milliarden Mark geschätzt worden und damals habe der Preis für eine Tonne Schiffsaufbau 2000 Mark be- tragen. Jetzt aber stelle er sich auf 8300 Mark und die Tendenz einer sprunghaften Steigerung bestiehe weiter. Diese Angaben gaben ein Bild von der Schwie- rigkeit, die der deutschen Schifffahrt für ihren Wiederauf- bau entgegenständen. Dazu kämen die vielfachen Hem- mungen, die ihr durch Maßnahmen des Auslandes er- wachsen, gleichwohl gäben die Reedereverbände die Hoff- mung nicht auf, in friedlichem Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft wieder zu erstarben. Bedingung sei aller- dings, daß die Entente zur Erkenntnis komme, daß die Weltwirtschaft nur wieder gefunden könne, wenn auch Deutschland die Möglichkeit gegeben würde, sich mit seinen Kräften daran zu beteiligen. Die deutsche Seeschifffahrt wolle keine Subventionen und keinen Protektionismus. Sie wolle aus eigener Kraft wieder zur Geltung kommen. Der Redner bedauerte die Änderung der Ha- belsflagge und sagte, selbstverständlich füge sich die Seeschifffahrt den gesetzlichen Bestimmungen, wie sie das stets getan habe, Strafandrohungen seien dafür nicht nötig gewesen; aber er hoffe, daß man die Geltung, die sich die alte Handelsflagge in der Welt erworben habe, wieder würdigen werde und zur Erkenntnis kommen werde, daß in dieser Beziehung keine parteipolitischen Gesichtspunkte den Ausschlag geben sollten.

Kleine Nachrichten.

Heiratsbeihilfe für Beamtinnen.
Berlin. Dem Reichstag ist ein Zentrumsantrag zugegan- gen, dem Reichstag in kürzester Frist einen Gesetzentwurf vor- zulegen, der die Bewilligung einer Heiratsbeihilfe (Abfin- dungssumme) für die bei ihrer Verheiratung aus dem Amte scheidenden Beamtinnen regelt.

Entpolitisierung der Gefangenensettäre.
Berlin. Auf eine kleine Anfrage hat der preussische Justiz- minister folgende Antwort erteilt: „Deutschnational-antise- mitische“ Zeitungen werden nach den Verichten der Generallands- anwälte von Gefangenen nicht gehalten. Bücher entprechender Richtung sind aus den Gefängnisbibliotheken entfernt. Der Be- zug kommunistischer Zeitungen und Schriften kann den Gefan- genen im Hinblick auf die Sicherheit und Ordnung in den Strafanstalten nicht gestattet werden.“

Kartoffelausfuhr nach Österreich.
Berlin. Zu den Meldungen über die Bewilligung hoher Ausfuhrmengen von Kartoffeln, namentlich nach Österreich, wird aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt, daß in diesem Jahre Ausfuhrkontingente in Höhe von 40 000 Zent- nern für Borsberg, von 400 Waggons für Tirol und von 500 Waggons für das westliche Österreich erteilt worden sind. Neben politischen Gründen waren für die Ausfuhrbe- willigung Gründe humanitärer Natur maßgebend.

Die Kontrollkommissionen.
Berlin. Die Vorkontrollkommission nahm Kenntnis von der englischen Antwort über die Beibehaltung der militärischen und flugtechnischen Kontrollkommissionen in Deutschland. Nach britischer Ansicht müßten diese Kontroll- kommissionen mit der Räumung der Rheinbrückenspitze aufge- hoben werden.

Griechenland nimmt an.
Paris. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die grie- chische Regierung den Gefandten der alliierten Mächte die Ant- wort auf den Waffenstillstands-vorschlag übermittelt. Griechen- land nimmt den Vorschlag an, macht jedoch einige Vorbehalte technischer Art hinsichtlich der militärischen Bedingungen.

Belgischer Königsbesuch am Vatikan.
DA Rom. Das belgische Königspaar trifft am 28. März in Rom ein und wird sich unmittelbar nach seiner Ankunft vom belgischen Botschaft auf nach dem Vatikan begeben, um dem Papst einen Besuch abzustatten. Es ist dies der erste Fall, daß katholische Souveräne offiziell dem Oberhaupt der Kirche ihre Aufwartung machen.

Le Rond geht nach Warschau.
DA Warschau. Nach Auflösung der Interalliierten Kommission in Oberschlesien wird General Le Rond die Leitung der fran- zösischen Militärkommission in Warschau an Stelle von Gene- ral Dupont übernehmen. Die Berufung Le Ronds erfolgt auf besonderen Wunsch der polnischen Regierung. Der War- schauer Magistrat (Le Rond ist Ehrenbürger von Warschau) wird diesem eine vollständig eingerichtete Villa zur Verfügung stellen.

Vermischtes.

■ Zunahme der Ehescheidungen in Deutschland. Die Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ehescheidungen in Deutschland lassen ein bedenkliches Ansteigen der Zahlen erkennen. Insgesamt wurden im Jahre 1920 in Deutschland 36 550 Ehescheidungen vollzogen. Gegenüber 1919 bedeutet dies eine Zunahme um 14 528 oder 65,97 Prozent. Auf 100 000 der Bevölkerung kamen 59,1 Ehescheidungen; im Jahre 1919 waren es 36,2, 1913 nur 26,6. Verglichen mit dem letzten Jahre der Vorkriegszeit, hat sich die Häufigkeit der Ehescheidungen also mehr als verdoppelt. Am größten ist die Zahl in den Großstädten. Hamburg steht mit 223,6 auf 100 000 der Bevölkerung an der Spitze. Dann folgt Berlin mit 219,7. Unter den Ländern hat Sachsen die höchste Ziffer aufzuweisen. Von den preussischen Gebietsteilen hat die Provinz Schleswig-Holstein eine besonders hohe Zahl. Von größeren Gebieten zeichneten sich durch eine niedrige Zahl von Ehescheidungen aus Anhalt, Oldenburg, die Provinz Westfalen, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien und Württemberg.

■ Ein Rekord der drahtlosen Telegraphie. Der Funkdienst der Drahtlosen Übersee-Verkehr A.-G. (Transradio) hat einen neuen Rekord zu verzeichnen. Am 16. März wurden „via Transradio“ insgesamt 50 000 Wörter auf den von Nau und Giese ausgehenden Funklinien gewechselt. Der Telegrammverkehr der beiden Funkstellen ist seit Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen in stetem Wachsen begriffen. Betrug er im August 1919 nur etwa 100 000 Wörter monatlich, so stieg er im Juni 1921 auf 550 000 Wörter und erreichte im Februar d. J. die Summe von über eine Million Wörter. Diese Steigerung zeigt den Wiederaufstieg der deutschen Weltwirtschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig bildet sie einen Beweis für die hervorragenden Leistungen der deutschen drahtlosen Technik, die schon auf ein 25jähriges Bestehen zurückzuführen kann.

■ Der Bogen als Prediger. Der bekannte Vortragskünstler Jim Jeffries, der seinerzeit der Schwergewichtsmeister der Welt war, ist kürzlich einer weitverbreiteten Sekte beigetreten und unter die Prediger dieser Sekte gegangen. Vor ein paar Wochen hat er seine erste geistliche Rede in Los Angeles (Kalifornien) gehalten. Er trug kein geistliches Gewand, sondern ein blauenartiges, buntes Hemd und eine Mütze. Als Thema hatte er den Bibelspruch gewählt: „Liebe deinen Nächsten, als dich selbst.“ Beim Bogen war Jim Jeffries sicher anderer Ansicht!

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 Länische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Franken, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling erzielt wurden. („Brief“ — anaboten; „Geld“ — gekauft.)

Währungs-Einheit		27. 3.		25. 3.		Stand 1. 3. 12
		Geld	Brief	Geld	Brief	
S. Land	Gulb.	12782,20	12787,80	12187,80	12212,20	170 Mk.
Dänemark	Kron.	7187,89	7182,20	6823,15	6836,85	112 „
Schweden	Kron.	8831,15	8845,85	8418,55	8433,45	112 „
Norwegen	Kron.	6018,95	6031,05	5779,20	5790,80	112 „
Schweiz	Kron.	6583,40	6581,60	6283,70	6296,30	72 „
Österreich	Doll.	393,18	398,84	321,17	321,83	4,40 „
England	Psd.	1493,50	1496,50	1411,05	1413,95	20,20 „
Frankreich	Kron.	3041,95	3048,05	2917,05	2922,95	80 „
Belgien	Kron.	2837,15	2842,85	2707,25	2712,75	80 „
Italien	Lire	1720,75	1724,25	1653,30	1661,70	80 „
U. S. Österr.	Kron.	4,48	4,52	4,25	4,32	85 „
Ungarn	Kron.	37,48	37,54	36,38	36,44	85 „
Polen	Kron.	605,85	606,65	569,40	570,60	85 „

Berlin, 27. März. (Stand der polnischen Währ.)

Polenmark an der heutigen Börse mit 8,25 Pf. bewertet.
■ Berliner Produktenbörse. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer, 845—850 M. Fein. Roggen, märkischer, 615 bis 620 M., pommerischer 615 M. Fein. Sommergerste 725 bis 732 M. Fein. Hafer, märkischer, 625—635 M. Fein. Mais ohne Provenienzanzeige April-Mai 560 M. ab Hamburg. Fein. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 2010—2100 M. Fein. Weizenmehl über Rogg bezahlt. Fein. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1400—1520 M. Fein. Weizenkleie 460—470 M. Fein. Erbsen, Viktoria, 685—725 M., H. Speiserbsen 585—625 M., Ackerbohnen 640 M., Lupinen, blaue, 600—650 M., gelbe 800 bis 860 M., Rapstuchen 530—550 M., Torfmehle 30—70 220 Mark, drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 71—80 M., desgl. Haferstroh 75—83 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 63—71 M., loses und gebündeltes Krummstroh 46—52 M., Häcksel 86—90 M., handelsüblich. Heu 175—190 M., gutes Heu 195—220 M. Bei Häcksel kostenfreie Säckstellung des Käufers.

■ Die deutsch-französische Möbelausfuhrkommission schiedet mit dem Ablauf des 31. März 1922 aus dem Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern, Abteilung für Eisen- und Holzwaren, aus und wird dem Reichsministerium für Wiederaufbau, bzw. dem diesem unterstellten Reichsschadungsamt für Kriegsschäden, Berlin W 8, Krausenstraße 67-68, angegliedert. Der Geschäftsgang der Möbelausfuhrkommission bleibt im übrigen unverändert. Die vom Reichsminister des Innern, Abteilung für Eisen- und Holzwaren, bisher getroffenen Maßnahmen, betr. die Möbelausfuhr, bleiben in Kraft.

■ Die wirtschaftliche Zukunft der Reichshauptstadt. Der Berliner Oberbürgermeister Böß sprach sich bei einem Vortrage über die wirtschaftliche Zukunft Berlins durchaus optimistisch aus. Er glaubt, daß nach der Regelung des Verhältnisses zwischen der Entente und Deutschland und der Währungsfrage auch die finanziellen Verhältnisse Berlins ein ganz anderes Gesicht bekommen werden. Wenn es gelingt, das Wirtschaftsleben Rußlands, Ungarns, des Balkans und der Türkei wieder aufzurichten, dann wird von Berlin ein starker Strom von Arbeit dorthin fließen, denn es hat sich bereits gezeigt, daß Geschäfte mit Rußland nur über Berlin zu machen sind. Zum Schluß betonte der Oberbürgermeister die Notwendigkeit der Vorbereitung für den Fall, daß die Entente durch eine gewaltsame Stärkung des Marktes versuchen sollte, die in ihren Ländern herrschende riesige Arbeitslosigkeit zu bewältigen.

■ Mißerfolg der Wiener Frühjahrsmesse. Die Wiener Frühjahrsmesse wurde geschlossen. Im allgemeinen wird konstatiert, daß der Erfolg den Erwartungen nicht entsprochen hat, was im Vergleich zu der ersten Messe ein Mißerfolg bedeutet. Der Grund des Mißerfolges liegt einerseits darin, daß Österreich, das durchweg die mitteleuropäischen Preise erreicht hat, vielfach sogar die Weltpreise übersteigen hat. Die zweite Ursache des Mißerfolges der Wiener Messe lag in dem raschen Sturz der deutschen Mark. Nur die deutschen Firmen, welche auf der Wiener Messe ausgestellt hatten, haben gute Geschäfte gemacht.

■ Erhöhtes Goldaufgeld für die Zölle. Das Goldaufgeld wird mit Wirkung vom 1. April ab bis auf weiteres auf 5900 festgesetzt.

■ Die Kohlensteuer auf eingeführte ausländische Kohlen, die ab 1. April d. J. ebenso wie für die inländischen Kohlen 40 Prozent beträgt, soll nach einer Anordnung des Reichskohlenkommissars nicht von dem Einfuhrwert der ausländischen Kohle berechnet werden, sondern nach dem Inlandspreis der entsprechenden deutschen Kohlen. Bei dem hohen Stand der ausländischen Wechselkurse bedeutet diese Bestimmung für die eingeführten ausländischen Kohlen eine Ermäßigung der Steuer um ungefähr ein Viertel.

■ Ausgang der englischen Ausfuhrziffer. Aus der englischen Handelsstatistik für Februar 1922 verzeichnen folgende Ziffern besonderes Interesse: Die englische Einfuhr betrug im Monat Februar rund 49,3 Millionen Pfund Sterling gegenüber 76,5 Millionen im Januar 1922 und 97 Millionen im Februar 1921. Die Ausfuhr betrug sich auf 68,5 Millionen gegenüber 71,6 Millionen im Monat Januar und 76,2 Millionen im Monat Februar 1922. Besonders auffallend ist der geringe Einfuhrüberschuss von rund gerechnet nur 0,8 Millionen Pfund Sterling gegenüber 4,8 Millionen im Monat Januar, 20,8 Millionen im Februar 1921 und einem Monatsdurchschnitt von 10 bis 15 Millionen in der Vorkriegszeit.

■ Zollerhöhung in Schweden. Der Reichstag nahm die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Zölle für gewisse Artikel der Konfektionsindustrie u. a. für Herren-, Damen- und Knabenkonfektion, Regenschirme, Sonnenschirme und Hüte an.

■ Deutsche Waren für Australien? Der australische Minister für das Zollwesen widerspricht der Nachricht, es befänden sich in den japanischen Häfen zurzeit eine Anzahl deutscher Schiffe mit deutschen Waren, mit denen man den australischen Markt zu überflutem beabsichtige.

■ Luftverkehr Bremen—Dresden. Am 1. April wird die neue Luftverkehrsstrecke Bremen—Gannover—Magdeburg—Leipzig—Dresden durch den Deutschen Luftflucht eröffnet. Die Flugzeuge verkehren täglich in beiden Richtungen und befördern Post, Passagiere und Frachten. Die Flugdauer Bremen—Dresden und umgekehrt beträgt fünf Stunden. Voraussichtlich wird im Mai die Strecke bis Prag durchgeführt werden.

■ Mangel der englischen und amerikanischen Handelsflotte. In den 36 englischen Haupthäfen des Vereinigten Königreiches liegen Handelschiffe von insgesamt zwei Millionen Tonnen, die keine Fracht erhalten können. Davon sind 1900 000 Tonnen englisch. In den Vereinigten Staaten ist die Lage noch schlimmer, da dort fünf Millionen dem Staate gehörige Tonnen Schiffsraum — von einer Gesamttonnage von 12½ Millionen — ohne Fracht verbleiben. In dieser Zahl sind die im Besitz von Privatreedereien befindlichen Schiffe nicht mitgerechnet.

Aus dem Gerichtssaal.

■ Die Braunschweiger Dynamitattentate. In Braunschweig hatten sich neun Personen wegen verschiedener Dynamitattentate vor Gericht zu verantworten. Sie hatten den Versuch gemacht, mehrere Häuser, darunter die Braunschweiger Garnisonkirche, in die Luft zu sprengen. In der Voruntersuchung hatten die Angeklagten die Schuld eingestanden, in der Hauptverhandlung aber jede Erklärung auf die Schlichte verweigert. Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz wurden verurteilt der Tischler Emil Gehrmann und der Mechaniker Oskar Wölff zu je sechs Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Schleifer Engelmann zu einem Jahr Zuchthaus, der Mechaniker Alfred Merges, ein Sohn des Revolutionärspräsidenten von Braunschweig, zu fünf Jahren Zuchthaus, der Schneider Burdich zu fünf Jahren und drei Monaten Zuchthaus, der Hausdiener Wilhelm Paetz zu 5½ Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Schlosser Otto Busch, der Schneider Hermann Reuter und Frau Minna Fackauer, einst Kultusministerin von Braunschweig, zu je neun Monaten Gefängnis.

■ Zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus. Im Januar 1919 war der Former Uhl aus Thessa bei Leipzig wegen Teilnahme an einem Einbruchsdiebstahl zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem er den größten Teil seiner Strafe verbüßt hatte, wurde auf seinen Antrag das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet. In der jetzigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er zur Zeit des Einbruchs krank gewesen sei. Zeugen, die im ersten Prozeß gegen ihn ausgesagt hatten, konnten ihre damals gemachten Aussagen nicht mehr aufrecht erhalten. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Arbeiter und Angestellte.

■ Essen. (Einigung im Ruhrbergbau.) Zwischen dem Gewerksverband und den kaufmännischen und technischen Angestelltenverbänden des Ruhrbergbaues wurde eine Vereinbarung geschlossen, wonach die für Februar gültigen Gehaltsätze ab 1. März 1922 um 16 Prozent erhöht werden. Hierzu tritt eine Erhöhung des Monatsgeldes sowie des Kindergeldes für je Kind und Monat auf 250 Mark, ferner eine Erhöhung der bisher gültigen Sätze für den Wohnungsgeldzuschuß um je 30 Mark je Monat. Für die unter 20 Jahre alten Angestellten verringert sich das Einkommen um 1400 Mark je Jahr. Die Gehaltsätze der Lehrlinge werden ebenfalls um 16 Prozent erhöht.

Schriftleitung: Wilt. Bell, Halber i. Westf.

Dans Ulrich
 Allen Freunden und Bekannten zeigen
 wir hierdurch die Geburt eines
gesunden Prachtjungen
 an.
Alfred Jung u. Frau
 Gertrud geb. Husebrink
 Halber, den 27. März 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die uns bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen erwiesen wurde, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Familie Frettlöh
 Carl Hedfeld.

Noth u. Haarhausen b. Ronsahl, den 26. 3. 1922.

Der Fabrikant Fritz Gräber zu Neuemühle beabsichtigt, zu Neuemühle Flur 32 Nr. 413/124 einen

Federhammer sowie Fallhammer

zu errichten.

Beschreibungen und Zeichnungen über diese Anlagen liegen im Amtshause hier Zimmer, Nr. 8 von heute ab 14 Tage zur Einsicht offen. Während der Auslegungsfrist können Einsprüche gegen die Anlage daselbst erhoben werden.

Termin zur mündlichen Verhandlung über etwaige Einsprüche ist auf **Wittwoch, den 19. April d. J. 9.30. vormittags 10 Uhr** im Amtshause Zimmer Nr. 8 festgesetzt worden.

Halber, den 25. März 1922.

Der Amtmann.

Rektorschule Halber.

Die Aufnahmeprüfung

findet am 4. April, nachmittags von 1½ Uhr an statt.
 Anmeldungen unter Vorlegung des Zeugnisheftes nehme ich am 1. April von 2—5 Uhr entgegen.

Clewer, Rektor.

Fuhrwerkvereinigung Halber.

Infolge des enormen Preisaufschlages

der Futtermittel und die ebenfalls stark gestiegenen Preise für die sonstige Unterhaltung des Fuhrbetriebes zwingen uns, die bisherigen Preise vom 1. April ab um

100 Prozent

zu erhöhen.



Bekanntmachung.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die Erd- und Mauerarbeiten zum Neubau der Apotheke in Rierspe sollen im Wege des öffentlichen Verdingens vergeben werden.

Angebotsformulare sind auf dem Baubüro des Amtes erhältlich, woselbst auch die Zeichnungen aufliegen.

Beschlossene Angebote sind bis zum 4. April d. J. 9.30. vormittags dem Bauamt einzureichen, woselbst die Öffnung im Beisein der Unternehmer erfolgt.

Rierspe, den 27. März 1922.

Der Amtmann: Hildebrandt.

Ein
Mädchen
 oder
Morgenmädchen
 gegen guten Lohn gesucht.

Gustav Eichholz,
 Schalksmühle.

Ich suche für sofort ein in
 allen Hausarbeiten erfahrenes,
 nicht zu junges
Mädchen
 Fran Heinrich Steinkach,
 Oberbrügge.

Hühneraugen
 werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl
 Hornhaut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl-Ballen-Schneiden
 kein Bittertrocken u. Festsitzen am Strumpf.
 In Drogerien und Apotheken Verkauf
 4.— und 6.— Mark.
 Halversche Medizinal-Drogerie
 Carl Menke
 Drogerie A. Cordt, Schalksmühle

Bettstelle m. Matratze
 (fast neu), sowie ein
Kleiderschrank
 zu verkaufen.
 Schalksmühle, Bahnhofstr. 31.

Mehrere Fuhrleute
 zum Anfahren von ca. 80
 Waggons Birkenrosten und
 Stammholz gesucht.

Näheres zu erfahren bei
Karl Miesenhöller
 Bollwerk.

Eine gute, hochtragende
Biege
 wegen Futtermangel sofort zu
 verkaufen
 Wo, sagt die Geschäftsstelle
 des Allg. Anz. Halber.

Halte mit
Schweinen
 in Meinerzhagen.
 Wilt. Weisschede, Meinerzhagen

Erhalten Donnerstag, den 30.
 d. Mts. wieder eine große Aus-
 wahl prima
Schweine.
 Berges & Porlinghaus.

Donnerstag morgen erhalte ich
oldenburger
Schweine.
 Hugo Kerspe, Halber.
 Telefon 52.